

Motion (Art. 43 Geschäftsreglement)

"Offenlegung der Finanzierung von Parteien, Gruppierungen, Wahl- und Abstimmungskomitees"

Der Stadtrat wird **beauftragt**, ein Reglement für transparente Politikfinanzierung vorzuschlagen oder ein bereits bestehendes, geeignetes Reglement zu ergänzen. Das Reglement soll mindestens folgende Aspekte umfassen:

- Gesetzliche Grundlage für eine Offenlegungspflicht für alle finanziellen Beiträge und alle geldwerten Leistungen an politische Parteien und Gruppierungen, Kampagnenkomitees, persönliche Wahlkomitees und sonstige Organisationen, die sich an kommunalen Abstimmungs- und Wahlkämpfen beteiligen. Zu den finanziellen Beiträgen zählen insbesondere Spenden und sonstige Zuwendungen.
- Für die pro Abstimmung oder Wahl summierten finanziellen Zuwendungen von juristischen und natürlichen Personen werden Schwellen formuliert, ab welchen die Offenlegungspflicht gilt. Die Annahme von anonymen Spenden ist unzulässig.
- Eine Offenlegung des Gesamtbetrags der der Offenlegungspflicht unterliegenden Organisationen, welcher für die jeweilige kommunale Wahl oder Abstimmung eingesetzt wurde.
- Zeitraum und Frist für die Offenlegungspflicht vor dem jeweiligen Urnengang.
- Zweckmässige und möglichst unbürokratische Regelungen zur Überprüfung und Deklaration der Offenlegungspflicht, z.B. mittels Online-Formular und Stichproben.
- Regelung zur Sanktionierung von Verletzungen der Offenlegungspflicht.

Begründung

Darum geht es: Die Motion verlangt, dass Parteien, Gruppierungen und Komitees (auch solche, die nur aus einer Person bestehen) ihre Finanzen transparent machen müssen. Anonyme Spenden sind verboten. Parteien legen gegenüber der Gemeinde/dem Volk ihren Gesamtbetrag und die Herkunft der Spenden über einem bestimmten Betrag offen. Die Zahlen werden vor der Wahl/Abstimmung publik gemacht. Es geht darum, für Transparenz zu sorgen, nicht aber darum, Spenden zu verbieten oder Kleinspendende ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren.

Meinungsbildung fördern

In keinem anderen Land können die Bürger*innen so häufig abstimmen und wählen wie in der Schweiz. Bürger*innen, die sich eine Meinung bilden wollen, haben ein Recht zu wissen, wer hinter einer Wahl- oder Abstimmungskampagne steht. Entscheidend ist, dass mit offenen Karten gespielt wird. Es geht nicht darum, Spenden zu verbieten. Es braucht Klarheit darüber, wer wem wieviel Geld spendet und wer dadurch Interesse am Erfolg eines Anliegens oder einer Kandidatur hat.

Vertrauen in die Demokratie stärken

Parteien und Politiker*innen sind dem Wohl der Schweizer Bevölkerung verpflichtet. Darum ist wichtig, dass sich die Öffentlichkeit ausreichend darüber informieren kann, wer ihnen welche Beträge spendet. Erst Transparenz schafft Vertrauen. Und Vertrauen ist für eine lebendige Demokratie, gerade auch auf Gemeindeebene, unentbehrlich.

Die Bevölkerung ernst nehmen

Repräsentative Umfragen aus den Jahren 2000, 2007, 2012 und 2016 zeigen: Zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung wollen mehr Transparenz in der Politik. Zudem sind im Frühjahr 2017 zwei JUSO-Initiativen für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung in den Kantonen Schwyz und Fribourg von der Bevölkerung angenommen worden. Dasselbe gilt für den Kanton Schaffhausen und die Stadt Bern im Jahr 2020. Auch wurde das Anliegen in der aktuellen Session in Bern wohlwollend aufgenommen.